



**Positionspapier**  
**zum Gesetz zur Einrichtung einer Markttransparenzstelle für den Großhandel mit Strom und Gas (Markttransparenzstellen-Gesetz). Erweiterung um § 47h für den Mineralölmarkt**

Der UNITI Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e.V. lehnt die Einführung des § 47h in das Markttransparenzstellen-Gesetz für den Kraftstoffmarkt grundsätzlich ab und fordert dessen Zurückziehung.

**Die Gründe der Ablehnung im Einzelnen sind:**

**1) Hohe Bürokratiekosten**

In Deutschland gibt es rund 15.000 Tankstellen, die am Tag ungefähr drei Preisänderungen durchführen. Die Erhebung von Preis und Absatzmengen bei vier Kraftstoffsorten (Diesel, Super E10, Super E5 und Superplus) würde allein an der Tankstelle ungefähr 180.000 Datensätze am Tag erzeugen. Auf der Verwaltungsseite würde ein hoher Personalaufwand nötig werden, um den Dateneingang zu kontrollieren und die Daten auszuwerten.

**2) Schwächung des Mittelstandes**

Die durch die Meldepflicht entstehenden Kosten würden insbesondere kleine mittelständische Tankstellenbetreiber und Einzeltankstellen finanziell belasten und sich somit wettbewerbsverzerrend gegenüber den Großkonzernen auswirken, die diese Kosten durch ihre Vielzahl an Tankstellen besser aufteilen können. Dies würde die Wettbewerbsfähigkeit des Mineralölmittelstandes und der freien Tankstellen in Deutschland schwächen.

**3) Steigende Preise für die Verbraucher**

Das Sammeln von Daten allein hat keinen preisdämpfenden Effekt. Im Gegenteil: Die Erhebung und Übermittlung von hunderttausenden Daten täglich sind für die Tankstellenbranche mit Kosten verbunden, die am Ende die Verbraucher über die Preise tragen müssen.

**Unsere Forderungen:**

- Die UNITI fordert daher, den **§ 47h des Markttransparenzstellen-Gesetzes zurückzuziehen**. Diese Regelung verfehlt aus unserer Sicht das Ziel der Stärkung des Wettbewerbs und hat mehrere negative Effekte für den Mittelstand und die Verbraucher.
- **Kein „Überfallgesetz“**. Die hohen Preise an den Tankstellen sind den internationalen Märkten geschuldet und die Preisschwankungen sind Ausdruck des harten Wettbewerbs im Kraftstoffmarkt. Beide Phänomene sind schon seit langem bekannt, deswegen ist dieses eilige Gesetzesvorhaben nicht nachzuvollziehen. Es ist zu befürchten, dass aufgrund des engen Zeitplanes eine fundierte Kosten- und Folgenabschätzung unterbleibt.
- **Senkung der Energiesteuer**. Die staatlichen Abgaben machen mit Abstand den größten Teil des Kraftstoffpreises aus (bis zu 60 Prozent). 70 Prozent der Bürger sprechen sich laut einer aktuellen Stern-Umfrage für die Senkung der Energiesteuer aus.
- Die UNITI schlägt vor, **eine Arbeitsgruppe aus den Vertretern der Branche und der Ministerien zu gründen**, um eine wirksame Lösung für den Kraftstoffmarkt zu erarbeiten.

---

Die UNITI vertritt die Interessen von ca. 1.700 Mineralölunternehmen und repräsentiert somit 90 Prozent des organisierten Mineralölmittelstandes. Die UNITI-Mitglieder betreiben mit 4.936 Tankstellen rund 34,4 Prozent des deutschen Tankstellenmarktes. Mit 3.400 freien Tankstellen verfügen sie über einen Anteil von 66 Prozent an den freien Tankstellen in Deutschland. Die Mitgliedsfirmen der UNITI realisieren einen jährlichen Gesamtumsatz von 31 Milliarden Euro und beschäftigen etwa 60.000 Arbeitnehmer.